

Sascha Liebermann (Dr. phil. Soziologie) hat an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt/Main Philosophie (M.A.), Soziologie und Psychoanalyse studiert. Er ist Mitbegründer der Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“.

Erschienen in ukrainischer und russischer Sprache in: *Die Idee eines Emanzipatorischen Bedingungslosen Grundeinkommens*, hrsg. von Jörg Drescher 2007.

## **Freiheit durch Bedingungslosigkeit**

### **Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger – Bestimmung und Konsequenzen**

#### **Krisenphänomene**

Alle europäischen Staaten ringen seit Jahren mit demselben Problem, das nach einer Lösung verlangt: der Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Debatten in den einzelnen Ländern sind – bei allen Unterschieden, die sich aus ihrer Geschichte und Kultur ergeben – so ähnlich wie die Lösungskonzepte, die gepriesen werden. Mit gutem Recht kann deshalb von einer europäischen Krise gesprochen werden, denn die schwierige Lage ist nicht das Ergebnis einer bestimmten Landespolitik. Vor allem, und das muß hier hervorgehoben werden, ist diese Krise im Kern nicht arbeitsmarktpolitisch oder pekuniärer, sondern legitimatorischer Natur. Sie trifft die Staaten in ihrem Selbstverständnis als demokratische Gemeinwesen, denn in allen gilt gleichermaßen: ein erwünschtes Einkommen erzielt nur, wer einer Erwerbsarbeit nachgeht. Wer dieser Anforderung nicht nachkommt, der scheitert. Ob selbstverschuldet oder nicht, wer arbeitslos ist, erfüllt eine normative Erwartung seiner Gemeinschaft nicht. Er versagt darin – und dies ist der Kern der Krise – seinen Verpflichtungen als Bürger nachzukommen, denn Erwerbsarbeit ist die einzige Einkommensquelle, die als solche von den politischen Gemeinschaften normativ anerkannt wird. Auf diese Krise und das mit ihr verbundene „Versagen“ gründen sich alle Maßnahmen, die einen höheren Druck auf Leistungsempfänger vorsehen, alle Programme also, die Arbeitslose „aktivieren“ wollen, als Gründe die schwierige Lage in der mangelnden Bereitschaft der Bürger, einen Beitrag leisten zu wollen.

In Deutschland hat man aus Bürgern „Kunden“ staatlicher Arbeitslosenverwaltung gemacht, als fragten sie angesichts eines Bedürfnisses, das sie haben, eine Dienstleistung nach auf die sie genauso gut verzichten könnten: Bürger werden zu Konsumenten degradiert. Perfide ist das, denn: wer arbeitslos ist, kann nicht wählen, ob er diese Dienstleistungen in Anspruch nimmt. Er benötigt ein Einkommen für sein Auskommen. Diese Krise der Autonomie des Bürgers ist eine der Integrität, die daher rührt, die normative Erwartung der Gemeinschaft nicht mehr zu erfüllen und auf ein Ersatzeinkommen angewiesen zu sein. Eine objektive Stigmatisierung lastet auf dem Einzelnen, von der er sich nicht freimachen kann, selbst wenn er zu dieser Lage eine zynische Haltung einnimmt. Sanktionsmaßnahmen hat jeder Bezieher von Einkommensersatzleistungen zu gewärtigen, falls er den Pflichten nicht nachkommt, die ihm auferlegt werden. Manche mögen angesichts ihrer bedrückenden Lage in Zynismus einen Ausweg suchen, doch er sich keine Befreiung von der Stigmatisierung, sondern eine Reaktion auf sie. Wer zynisch ist, versucht damit den Druck abzuwehren, der durch die Vergabebedingungen von Ersatzleistungen auf ihn ausgeübt wird. Dieser Druck, und das ist erstaunlich spricht den Bürgern einen Generalverdacht aus, nach dem Motto: Wer nicht kontrolliert wird, engagiert sich nicht und mißbraucht das Gemeinwesen. Solche „Aktivierungspolitik“ richtet sich gegen die Grundfesten jeden demokratischen Gemeinwesens: die Bürger.

An die Seite solcher politischer Entscheidungen ist ein Geist des Kalküls, ein Drängen nach Berechenbarkeit getreten. Alternativen zur gegenwärtigen Lage werden nicht gestalterisch erdacht, indem wir die Frage beantworten: was wollen wir? Wie soll die Zukunft unseres Gemeinwesens aussehen? Statt dessen beherrschen diejenigen die politische Debatte, die uns Bürger nur als Rechen- bzw. Steuerungsgrößen betrachten. Expertenhaft wird auf Alternativvorschläge herabgeblickt, die ausgetretene Pfade verlassen und ihnen attestiert, die Krise am Arbeitsmarkt werde doch in den kommenden Jahrzehnten wieder verschwinden. Sind erst einmal die Zeiten geburtenstarker Jahrgänge überwunden, so die Behauptung, werde sich die Lage am Arbeitsmarkt entspannen. Was aber würde eine solche Entwicklung angesichts der allgemeinen Arbeitsverpflichtung verändern? Gar nichts, lediglich wäre der Umfang von Arbeitslosigkeit im heutigen Sinne gemindert, womöglich verschwände sie langfristig. Freiheit aber, und zwar politische Freiheit der Bürger, erwächst nicht aus geringer oder keiner Arbeitslosigkeit. Freiheit der Wahl, Freiheit des Engagements, wo immer es für richtig und wichtig erachtet wird vom Einzelnen ist nur möglich, wenn er frei davon ist, ein Einkommen durch Erwerbsarbeit erzielen zu *müssen*. Genau dies ist der Zweck eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger von der Wiege bis zur Bahre, doch darauf komme ich noch zurück.

Per Berechnung die Zukunft gestalten zu wollen, dieser Geist scheint ein Signum unserer Zeit. Wir können ihn zurecht als Verweigerung begreifen, grundlegende Fragen zu stellen. Im Vertrauen darauf, daß es uns gelingen wird, könnten wir Schritte wagen, die nur eine Fortentwicklung des Vergangenen nach den Möglichkeiten der Gegenwart bedeutet. Doch das sehen wir gar nicht, weil wir ängstlich auf gegenwärtige Probleme starren und nicht sehen, daß sie hausgemacht sind.

Eine symbolische Abschaffung der politischen Gemeinschaften hat schon vor geraumer Zeit eingesetzt. Als gebräuchlich kann die Redeweise gelten, Staaten stehen im Wettbewerb untereinander, sie konkurrieren um Unternehmen, um Arbeitnehmer, um Studenten. Politische Gemeinschaften werden zu Standorten umgewertet und dies sogar von denjenigen, die sie repräsentieren: unseren Politikern. Politische Gemeinschaften mit ihrer jeweils eigenen Geschichte bestehen aber um ihrer selbst willen und nicht als Schauplätze eines wirtschaftlichen Wettbewerbs. Sie sind Ort der Seßhaftigkeit und der Beheimatung, an der eine Praxis, ein handelndes Subjekt, seine Entscheidungen ausrichtet. Gemeinschaften existieren um ihrer selbst willen, Standorte hingegen können geschlossen, Unternehmen stillgelegt, Arbeitskräfte entlassen werden – Bürger aber nicht. Eine politische Gemeinschaft folgt einer anderen Zwecksetzung: sie bildet den Grund und das Fundament jeglichen Wirtschaftens. Diese grundlegende Einsicht ist heute zumindest in der öffentlichen Debatte von der Vorstellung verdrängt worden, daß sich die Nationalstaaten nach dem Markt zu richten haben. Aber was ist der Markt? Er existiert nicht ohne das Wollen einer politischen Gemeinschaft. Kein Markt, ohne eine Solidargemeinschaft, aus der er hervorgeht; kein Markt, ohne einen Wertekonsens, auf dessen Basis Bürger ihr Eigeninteresse radikal verfolgen. Der Markt ist also kein Konstituens demokratischer Gemeinwesen, sondern eine Resultante, er bedarf ihrer vielmehr als sie seiner.

Nicht nur haben die Verfechter eines solchen Primats des Marktes für die Popularität von Begriffen wie Wettbewerb und Effizienz gesorgt – seine Kritiker haben zu dieser Aufwertung beigetragen. Wo die Verfechter des Marktprimats angegriffen und als Apologeten des Kapitalismus, als Demagogen der Eigenverantwortung entlarvt werden, erleidet jedes Bemühen zur Stärkung der Bürger dasselbe Schicksal. Wer heute von Freiheit und Autonomie der Bürger spricht und ein bedingungsloses Grundeinkommen vorschlägt, wird von der Linken als Neoliberaler, von den Neoliberalen hingegen als Kommunist denunziert. An dieser reflexhaften Verbannung eines Vorschlags in ein ideologisches Lager erkennen wir das Elend der öffentli-

chen Diskussion: Die Neoliberalen sind gar nicht liberal, die Linken wollen nicht den Bürger stärken. Beide mißtrauen der Gemeinwohlbindung des Einzelnen und sind überzeugt, daß aus eigenem Antrieb gar kein Beitrag zum Gemeinwohl geleistet werde. Aus diesem Grund schlagen sie vor, Anreizsysteme einzusetzen, denn nur sie gewährleisten eine Ausrichtung des Einzelnen am Ganzen: Wie eine Karotte vor des Esels Nase sollen Anreize die Bürger in die Richtung leiten, in die die Neoliberalen sie marschieren sehen wollen. Die Linken hingegen wollen dem Einzelnen sein Pflichtteil auferlegen, das er im „Reich der Notwendigkeit“ – des Wertschöpfungsprozesses – abzuleisten hat. Was jenseits der Erwerbsarbeit geleistet wird: Erziehung der Kinder, Loyalität der Bürger als Bürger zur normativen Ordnung, ehrenamtliches Engagement – all das ist für beide unbedeutend, obwohl wir genau wissen, daß kein Gemeinwesen ohne sie überhaupt existieren könnte. Brüder im Geiste, so stehen die Neoliberalen heute mit den Linken Schulter an Schulter gegen die Freiheit, wie sie ein bedingungsloses Grundeinkommen erstrebt. Beide sind also Symptom nicht Lösung unserer Probleme, beide haben keinen Sinn dafür, wie unersetzlich die Bürger als Fundament demokratischer Gemeinwesen sind: Ohne sie ist alles gar nichts.

Für beide, Marktverfechter und Kapitalismuskritiker, steht also die Legitimität von Herrschaft durch den Volkssouverän, die Gemeinschaft der Bürger, unter Ideologieverdacht – zumindest ist sie kein Positivum, auf das sie sich beziehen. An ihrer Statt wird sich auf die Menschenrechte bezogen – ein Abstraktum, das nur durch eine Instanz wirklich werden, nur durch sie in Kraft treten kann: die politische Gemeinschaft. Wenn nicht die Bürger das Gemeinwesen tragen, wer dann? Es reicht aber nicht, auf die basale Bedeutung der Bürger hinzuweisen, wir müssen die Verantwortung auch tragen wollen.

Kehrseitig zum allseitigen Mißtrauen, das nun schon die Reformen der letzten Jahre uns Bürgern ausgesprochen hat, sprechen wir Bürger es uns selbst allzu oft aus. Wo Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit vonnöten wären, wo um unsere Zukunft gestritten werden müßte, dort rufen wir allzu gern nach Experten, wenn wir nicht gar einen Wandel für kaum denkbar halten. Reformvorschläge, die einen großen Schritt verlangen, die ein Wagnis sind, erklären wir schnell für unrealistisch, idealistisch, utopisch, doch: wo es keine Utopie gibt, dort gibt es keine Chance den status quo zu verlassen, ihn zu überschreiten. Sicher muß eine Auseinandersetzung in Entscheidungen münden, doch sie können erst getroffen werden, wenn wir wissen, wohin der Weg führen soll. Angesichts der Krise ist eine öffentliche Auseinandersetzung genau dasjenige, was wir benötigen.

Unsere politische Gemeinschaft gründet sich auf die Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Wir Bürger sind das Fundament dieser Gemeinschaft, wir sind der Volkssouverän. Unsere Abgeordneten, die in den Parlamenten und Regierungen unserer Demokratie Entscheidungspositionen bekleiden, erhalten von uns den Auftrag, Entscheidungen so zu treffen, daß sie unsere Gemeinschaft stärken und daß sie langfristig ihr Fortbestehen sichern. Wir delegieren diese Verantwortung nur, wir geben sie nicht ab. Jedes Volk hat die Politiker, die es verdient, sagt man – sie bleiben solange in ihrem Amt, wie wir ihnen unsere Zustimmung aussprechen. Werden sie den Anforderungen und zu lösenden Aufgaben nicht gerecht, müssen wir sie abwählen oder aber ihnen auf anderem Wege mitteilen, daß sie nicht in unserem Sinne entscheiden. Dafür gibt es viele Wege und Orte, die öffentliche Auseinandersetzung ist ein Ort dazu.

Wie aber sieht es dort aus? Die Intellektuellen, deren Aufgabe es ist, den politischen Streit in die Öffentlichkeit zu tragen, ihn anzufachen und Lösungsvorschläge darzulegen – von ihnen hörte man in den letzten Jahren nicht allzuviel, besonders wenig solange sozialdemokratische Regierungen am Ruder waren. Statt radikale Kritik zu üben und Alternativen zu entwerfen, dienten und dienen sie sich der Politik als Berater an. Gegenentwürfe, die die politische Ge-

meinschaft stärkten, wurden kaum vorgetragen, die Debatten steckten fest. Zaghafte zu Beginn, seit dem Sommer 2006 deutlich vernehmbar, haben es die Grundeinkommensaktivisten geschafft, das Thema in die öffentliche Diskussion zu tragen. Mehr und mehr Initiativen gibt es, die sich lokal engagieren und Veranstaltungen organisieren. Ein Kalender, der alle Termine bündelt weist mittlerweile jede Woche mehrere Veranstaltungen in ganz Deutschland aus.<sup>1</sup> Es scheint, als sei das Land im Westen, das keine allzu freiheitliche Tradition hat, nun zum Vorreiter der Grundeinkommensdiskussion geworden.

Als wir – die Initiative ‚Freiheit statt Vollbeschäftigung‘ – im Dezember 2003 anfangen, öffentlich für ein bedingungsloses Grundeinkommen zu streiten, waren die Aussichten, daß es zu einer öffentlichen Diskussion kommen würde, nicht allzugut. Doch die Resonanz auf unseren Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger und das Engagement anderer Initiativen hat verdeutlicht, daß die Zeit für eine solche Debatte reif ist. Auch die Parteien beschäftigen sich mittlerweile damit, offenbar war der öffentliche Druck groß genug geworden, wenn auch die Debatte noch nicht in der Breite geführt wird.

Nachdem nun die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen sich in der Öffentlichkeit etabliert zu haben scheint, ist die Zeit für Differenzierung gekommen. Die Grenzlinien zwischen einem bedingungslosen Grundeinkommen, das mit der Freiheit ernst macht, und anderen Vorschlägen, die nur eine Liberalisierung gegenwärtiger Sozialleistungen anstreben, in aller Klarheit zu ziehen, soll im folgenden geleistet werden.

## Ein bedingungslose Grundeinkommen

### Weshalb bedingungslos und nicht nur garantiert?

Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens, den ich hier darlegen möchte, unterscheidet sich von manchen Modellen, die unter der Bezeichnung Grundeinkommen verfochten werden. Deswegen soll auch der Gestaltung eines Grundeinkommens ein besonderes Augenmerk gewidmet werden, denn sie entscheidet darüber, in welchem Maße es Freiheit eröffnet. Freiheit heißt hier zuallererst: Die Bürger können grundsätzlich entscheiden, wie sie ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten wollen. Denn daß sie dies wollen, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wird, steht außer Zweifel.

Systematische Differenzen zwischen den verschiedenen Überlegungen zum Grundeinkommen und damit auch mögliche Konsequenzen bilden sich entlang einer einfachen Frage ab: Wird ein Grundeinkommen bedingungslos gewährt, ist es also zu jeder Zeit verfügbar oder ist es ein Ersatz Einkommen, das nur erhält, wer vorübergehend kein Einkommen über Erwerbsarbeit erzielt? Solange letzteres der Fall ist, bleibt jedes wie auch immer gestaltete Grundeinkommen an die eine normative Verpflichtung gebunden, Einkommen über Erwerbsarbeit zu erzielen. Denn, selbst eine liberale Gestaltung eines Ersatz Einkommens, das z.B. pauschal gewährt würde, hat zum Ziel, daß der Bezieher in den Arbeitsmarkt zurückkehren *soll*.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Das Forum *Aktion Grundeinkommen* führt unter anderem einen Veranstaltungskalender, der dazu dient, alle Veranstaltungen zur Diskussion um ein Grundeinkommen in Deutschland anzuzeigen, siehe <http://web.aktiongrundeinkommen.de/>.

<sup>2</sup> Es würde zu weit führen, alle Vorschläge hier aufzuführen, die einer solchen Ersatzfunktion verhaftet bleiben. Für die Diskussion ist wichtig, eine systematische Grenze deutlich zu machen, an der alle Vorschläge geprüft werden können.

Um diese klare Unterscheidung deutlich zu machen, sprechen wir vom „bedingungslosen Grundeinkommen für alle Bürger“. Nur diese Bezeichnung hebt heraus, welches Grundeinkommen gemeint ist. Daß die Gewährung des Grundeinkommens an einen Status gebunden ist und nicht an eine Leistung, ist ein wichtiges Merkmal. Jedes Gemeinwesen ist ein bestimmtes, mit einem Territorium, innerhalb dessen seine Rechtsordnung gilt, die von den Bürger loyal getragen werden muß. Bürger haben nicht nur Rechte, sie haben auch Pflichten, müssen für das Gemeinwesen einstehen, wenn seine Ordnung bedroht ist, im Extremfall mit ihrem Leben. Nur ein solidarisches Gemeinwesen kann auf Dauer bestehen und nur ein solches kann es sich erlauben, Menschen aufzunehmen und ihnen Asyl zu gewähren oder einen unbefristeten Aufenthalt zu erlauben. Nicht-Bürger kann tolerant aufnehmen, weil es in seine Bürger vertraut. Nur wenn das Grundeinkommen an keine besondere Verpflichtung inhaltlicher Art gebunden ist, nur dann wird die Freiheit der Bürger in ihrer schon heute vorliegenden Bedeutung: nämlich Fundament unseres Gemeinwesens zu sein, bedingungslos anerkannt. Erst dann ist den Bürgern die Entscheidung vollständig in ihre Hände gelegt, wie sie ihre Lebenszeit nutzen wollen, was sie für sinnvoll erachten und welchen Beitrag zum Gemeinwohl sie leisten wollen. Diese bedingungslose Gewährung entspricht der bedingungslosen Verleihung der Bürgerrechte in einer Demokratie, denn auch sie sind an keine Leistungsverpflichtung gebunden. Ein Gemeinwesen hat nur dann Aussicht darauf, dauerhaft zu bestehen, wenn es in die Bürger vertraut – genau dies bringt das bedingungslose Grundeinkommen zum Ausdruck.

Wie ein Grundeinkommen gestaltet sein muß, wenn es diese Freiheit ermöglichen soll, möchte ich nun darlegen. Darüber hinaus werde ich versuchen, begründete Vermutungen anzustellen, welche Entscheidungsmöglichkeiten durch ein solches Grundeinkommen entstehen oder befördert werden, welche langfristigen Konsequenzen es haben kann. Dabei wird auch in den Blick geraten, welche Umgestaltungen in allen Bereichen unseres Gemeinwesens erforderlich sind.

### **Freiheit statt Bevormundung**

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde von der Wiege bis zur Bahre jedem Bürger – ohne Bedürftigkeitsprüfung – zu jeder Zeit gewährt, Erwachsenen wie Kindern gleichermaßen. Diese umfassende Gewährung stellt alle Bürger gleich hinsichtlich ihres Anspruches auf ein Grundeinkommen. Es stellt keinen Ausgleich für ein zu niedriges Erwerbseinkommen dar, wie es für die Negative Einkommenssteuer gilt. Durch diese Negativfunktion hält sie, bei aller Liberalität im Vergleich zu gegenwärtigen Regelungen in Deutschland, am Erwerbsideal fest. Denn nur, wenn das Erwerbseinkommen unter eine gewisse zu definierende Höhe sinkt, profitiert der Bürger durch eine solche Steuer. Im Gegensatz dazu erhalten die Bürger das bedingungslose Grundeinkommen zu jeder Zeit, es wird mit keiner Leistung verrechnet und stellt keine Gutschrift dar. Während im Modell einer Negativen Einkommensteuer die Steuergutschrift noch als Ausnahme gilt, ist das bedingungslose Grundeinkommen der Normalfall.

Das bedingungslose Grundeinkommen träte an die Stelle aller bisherigen Transferleistungen und stünde auf einer anderen Legitimationsgrundlage: es wäre ein *Bürger*-Einkommen. Es stärkte die Autonomie und Integrität der Bürger wegen der grundsätzlichen Anerkennung, die es zum Ausdruck bringt. Indem es die Bürger stärkt, stärkt es unser Gemeinwesen. Alle Stigmatisierungseffekte, die von gegenwärtigen Sozialleistungen ausgehen, würden aufgehoben, denn ihre Gewährung folgt der Maxime: nur wer arbeitet, leistet einen Beitrag zum Gemeinwohl. Freiheit ist also der erste Zweck, dem das Grundeinkommen dienen soll, es dient also weder arbeitsmarkt- noch sozialpolitischen Zielen. Zu ihnen einen Beitrag zu leisten wäre ein Nebeneffekt.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen eröffnete die Möglichkeit, Einkommen nicht über Erwerbsarbeit erzielen zu *müssen*. Jegliches Engagement wäre gleichermaßen erwünscht. Muß ehrenamtliches Engagement heute davon abhängig sein, ob für ein Erwerbseinkommen gesorgt ist, wäre es zukünftig davon unabhängig. Ein permanentes Bemühen um die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit wäre auf dieser Basis weder finanziell notwendig, noch normativ geboten. Die Anerkennung, die das Grundeinkommen zum Ausdruck bringt, und die Absicherung, ermuntern dazu, Entscheidungsmöglichkeiten zu ergreifen, die heute als gewagt und riskant gelten.

Wichtig ist: Je höher das bedingungslose Grundeinkommen, desto mehr förderte es die Freiheit, Verantwortung im Gemeinwesen zu übernehmen. Wird das Grundeinkommen so niedrig angesetzt, wie es manche Vorschläge tun, ist es nicht hoch genug, um ohne Erwerbseinkommen leben zu können. Ist der Betrag also zu niedrig, erreichen wir nicht, was wir erreichen wollen: Freiheit.

### **Stärkung der Familie**

Ein bedingungsloses Grundeinkommen stärkte die Eltern und damit auch die Familien. Eltern stehen heute nicht selten vor dem Dilemma: entweder der Erwartung nachzugeben, beruflichen Erfolg anzustreben und ihre Kinder verhältnismäßig früh in die Obhut von Betreuungseinrichtungen zu geben – oder selbst für ihre Kinder zu sorgen und damit das Gebot zu verletzen, beruflichen Erfolg anzustreben.

Der Erwerbstätigkeit den Vorrang einzuräumen, drängt Eltern dazu, ihre Kinder früh dem Schonraum Familie zu entreißen. Welche Folgen dies im Einzelnen hat, ist schwer vorauszusagen, kann aufgrund der Bedeutung, die die Eltern für ihre Kinder haben, aber vermutet werden. Gerade deswegen sollten wir Eltern die Möglichkeit geben, sich für ihre Kinder zu entscheiden. Dies geht nur, wenn wir den beruflichen Erfolg nicht als das Maß der Dinge betrachten. In der Regel ist die Familie der beste Ort für Kinder. Schädigungen der Persönlichkeitsentwicklung sind um so schwerwiegender, je früher Kinder der Familie entwöhnt werden. Vor allem sind sie nicht wieder gut zu machen und beeinträchtigen ein konkretes Leben dauerhaft. Die Integrität des einzelnen Lebens wird verletzt, die Folgen hat nicht nur der Betroffene zu tragen – sondern genauso unser Gemeinwesen.

Im Gegensatz dazu ermöglichte ein bedingungsloses Grundeinkommen den Eltern, sich frei zu entscheiden, was sie für wichtiger erachten (2 Erwachsene, 2 Kinder = 4 Grundeinkommen). Mit dem Grundeinkommen könnten sie sowohl für ihre Kinder zuhause bleiben, als auch eine Tagesmutter oder Betreuungsplätze finanzieren.

### **Chance für die Jugend**

Der Druck, der heute auf Jugendlichen lastet, ist der Feind jeden Wagnisses. Ihnen wird gepredigt, sie müßten um jeden Preis einen Weg in den Arbeitsmarkt finden, obwohl dieser immer weniger Arbeitskräfte benötigt. Wir erlauben ihnen nicht, frei zu erkunden, was sie interessiert, Dinge auszuprobieren, ohne sich sogleich festzulegen und dies gerade in einer Zeit, in der traditionell verlässliche Karrierewege unsicher geworden sind, Wissen immer schneller veraltet. Zwar beschwören wir das Heraufziehen einer „Wissensgesellschaft“, in der das Hervorbringen von Wissen, also das Hervorbringen von Problemlösungen, immer wichtiger wird und lebenslanges Lernen unerlässlich ist, doch die Freiräume dazu wollen wir nicht schaffen. Kommt es zukünftig mehr denn je darauf an, sich stets in neue und andere Problemlagen hi-

neinzudenken, um Lösungen zu erdenken, dann verlangt dies Selbständigkeit im Denken und die Fähigkeit, sich zu bilden. Doch von Bildung als Selbstbildung, von Selbstbestimmung wollen wir nichts wissen.

Angesichts unseres Wohlstandes und dessen, was öffentlich beschworen wird, müssen Jugendliche die gegenwärtigen Auseinandersetzungen darum um unsere Zukunft als besonders widersprüchlich wahrnehmen: Auf der einen Seite wachsen sie in einem enormen Wohlstand auf, der uns so selbstverständlich geworden ist, daß wir ihn kaum mehr wahrnehmen; auf der anderen Seite scheinen wir überzeugt, nur durch die Verhinderung von Freiheit, durch Bevormundung und Dirigismus unsere Probleme lösen zu können, so als seien wir ein armes Land. Der Einzelne in seiner Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, wie er es heute schon sicht- und erfahrbar tut, zählt nicht.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die Freiheit schaffen, damit Jugendliche herausfinden können, worin ihre Stärken liegen. Die Wahl des Berufes müßte nicht unter Zeitdruck und schon gar nicht um jeden Preis geschehen. Auch die Wahl eines Studiums wäre befreit von dem angestregten Bemühen, ein arbeitsmarktaugliches Zertifikat zu erhalten – ein Bemühen, das heute oft das Gegenteil dessen erreicht, was es erstrebt. Mit einem Grundeinkommen würden wir die Möglichkeiten der Selbstbestimmung erhöhen und Pluralität fördern.

### **Neugierde und Erfahrung**

Da das Grundeinkommen davon befreite, sich unbedingt für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren und Interessen nur dann zum Lebensmittelpunkt zu erklären, wenn sie beruflich verfolgt werden können, erhielte Müßiggang eine andere Bedeutung. Etwas um seiner selbst willen zu erkunden, könnte Maxime des Lebens werden.

Neugierde ist die Voraussetzung für ein Denken, das ins Unbekannte vorstößt, es verstehen und erklären will. Wie sehr man als Erwachsener dazu bereit ist, hängt entscheidend davon ab, ob Neugierde gewünscht und gefördert worden ist. Genau dies zu tun, könnte zur Maxime des Bildungswesens werden. Schulen hätten die Aufgabe, individuell zu fördern und die Neugierde der Kinder zu ermutigen. Schon heute sind Neugierde und Interesse, Hingabe und Engagement die Grundlage, auf der Leistung gedeiht. Sie sind auch die Basis für ein erfülltes Berufsleben. Gilt es heute noch als glücklicher Umstand, daß persönliche Neigungen und Interessen im Beruf verwirklicht werden, könnten mit Hilfe eines Grundeinkommens Berufung und Beruf wieder zusammenfallen, denn der Beruf wäre, wozu sich jemand berufen fühlt, er hätte die Freiheit, dieser Berufung zu folgen.

Vertrauen in Neugierde und in das Verantwortungsempfinden der Eltern erlauben eine solche Freiheit. Nun könnte hier eingewandt werden, daß Eltern heute ihrer Verantwortung nicht mehr nachkommen, Kinder sich für alles, nur nicht für die Schule interessieren. Welchen Anteil daran tragen aber die bestehenden Ordnungen, müssen wir fragen? Wird Neugierde durch unsere Bildungseinrichtungen überhaupt gefördert? Werden Eltern nicht allzu oft bevormundet, wird ihnen nicht gar mißtraut – wie es die allgemeine Schulpflicht zum Ausdruck bringt? Können wir die Verweigerungshaltung von Schülern nicht ebenso gut als Protest dagegen verstehen, nicht ernstgenommen zu werden? Dies müssen wir bedenken, wollen wir nicht vorschnell Schlüsse darauf ziehen, woher manche dieser Probleme heute rühren.

## **Innovation und Muße**

Ein bedingungsloses Grundeinkommen stärkte den Geist der Neuerung. Es verschaffte eine finanzielle Absicherung, die Müßiggang erlaubte und förderte. Er ist die Voraussetzung für das Entstehen von Neuem, dem Entwickeln von Ideen und der Beschäftigung mit Dingen um ihrer selbst willen.

Innovative Ideen könnten frei entwickelt werden, Existenzsorgen müßte niemand haben. Das Entwickeln von Ideen wäre nicht vom Absatz an einem Markt abhängig. Junge Unternehmen, die gerade Fuß zu fassen versuchen, würden durch das Grundeinkommen entlastet, könnten mit langem Atem ein Produkt anbieten, ohne es zu früh wieder vom Markt nehmen zu müssen. Unternehmerische Vielfalt würde ebenso gefördert, wie künstlerische und wissenschaftliche Betätigung, denn das Grundeinkommen sichert ab. Wenn Wissenschaftler heute, weil sie an Universitäten und Forschungsinstituten keine Stellen erhalten, sich gezwungen sehen, ihren Beruf aufzugeben, wären sie zukünftig in der Lage, sich mit anderen zu assoziieren, ihr Auskommen wäre gesichert, Stellen benötigten sie nicht.

Ideen müßig zu entwickeln, würde in seiner Bedeutung für die politische Gemeinschaft anerkannt, ihm haftete nicht mehr der Makel der „Spinnerei“ an. Muße würde zur Selbstverständlichkeit. Hingabe an eine Sache und Kreativität wären der Maßstab, an dem jede Tätigkeit, auch jede Erwerbstätigkeit, sich messen lassen müßte.

Während eine Arbeitsmarktpolitik, die Niedriglöhne fördert und Erwerbsarbeit subventioniert oder Arbeitszeit umverteilen will, um dadurch Arbeitsplätze zu schaffen, am Ideal der Erwerbsarbeit festhalten, befreite das bedingungslose Grundeinkommen von ihm.

*Arbeitslos* wäre niemand mehr, denn jeder könnte dort initiativ werden, wo er es für richtig und wichtig hält. Engagement hat viele Gesichter – wie wir schon heute beobachten können, allerdings erkennen wir bislang nur eines wirklich an: Erwerbsarbeit. Das hat uns in die Misere geführt, in der wir stecken. Das Grundeinkommen hingegen würde jedes Engagement in seiner Wertigkeit gleichstellen.

Nur damit ist für jeden von uns eine radikale Entscheidungsmöglichkeit eröffnet. Dieser Freiheit entspräche eine Zumutung: Ganz gleich, wofür man sich entscheidet, es muß eine vernünftige Antwort auf die Chance der Freiheit darstellen. Worin aber eine vernünftige Antwort bestünde, würde nicht vorgeschrieben. Ob im Beruf, dem bürgerschaftlichen Engagement oder in der Familie: Die Entscheidung wäre jedem einzelnen von uns überlassen und aufgegeben.

## **Unternehmen und Mitarbeiter**

Arbeitgeber, öffentliche wie private, wären aufgerufen, um leistungsbereite Mitarbeiter zu werben. Sie müßten ihnen gute Arbeitsbedingungen bieten, damit sie einen Arbeitsplatz annehmen. Ein Unternehmen, das Mitarbeiter gegeneinander ausspielte, durch Druck Leistung zu erreichen versuchte, verlöre sie angesichts eines bedingungslosen Grundeinkommens bald, denn ein Grundeinkommen verleiht Verhandlungsmacht. Arbeitnehmer wären immer abgesichert. Darüber hinaus könnten sie Abfindungsregelungen aushandeln, wie auch Arbeitszeiten. Ein Renteneintrittsalter müßte nicht mehr allgemein bestimmt werden. All diese Entscheidungen könnten in die Hände des Einzelnen gelegt werden.

Gegenwärtig befinden sich Unternehmen, die Mitarbeiter entlassen wollen, in einem Konflikt: Auf der einen Seite sollen sie innovativ sein und Ressourcen schonen, also auch Arbeitskraft.



Auf der anderen Seite sollen sie aber Arbeitsplätze schaffen, auch wenn sie diese nicht benötigen. Entscheiden sie sich für ersteres, werden sie kritisiert, entscheiden sie sich für die zweite Option, müssen sie auch kritisiert werden. Denn zu ihren Aufgaben gehört die Nutzung technologischer Problemlösungen in vollem Umfang. Wo Unternehmen darauf verzichten, verzichtet eine politische Gemeinschaft auf die Nutzung von Neuerungen. Jede der genannten Entscheidungen zeitigt heute unerwünschte Folgen. Aus diesem Dilemma gelangen wir nur hinaus, wenn Automatisierung erstrebenswert würde, wenn wir also die Möglichkeiten, die sich bieten, ergreifen. Damit leisteten wir einen Beitrag zur Ressourcenschonung und zum Rückgewinn von Lebenszeit, über Lebenszeit frei zu verfügen, ist der Anfang von Freiheit.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen stärkte die Wirtschaft, weil unproduktive Industrien und Wirtschaftszweige nicht aus politischen Überlegungen der Sozialverträglichkeit aufrechterhalten werden müßten. Subventionen, die heute in Branchen fließen, um sie künstlich marktfähig zu halten, obwohl sie keine langfristige Chance versprechen, stünden für andere Bereiche zur Verfügung. Viele zweckgebundene Subventionen, die heute nur erhält, wer dem vorgeschriebenen Ziel folgt, würden überflüssig werden – das Grundeinkommen leistete in vielen Bereichen bessere Dienste, das es eine „Subventionierung“ von Freiheit und nicht eines bestimmten Zwecks wäre.

Leistungsbereitschaft und das Entstehen von Neuem zu fördern, würden selbstverständliches Ziel politischer Entscheidungen. Phänomene, die in Unternehmen nur allzu bekannt sind wie die „Innere Kündigung“ oder Sabotage am Arbeitsplatz, gehörten der Vergangenheit an. Da sie heute unter anderem eine Reaktion auf die Angst sind, den Arbeitsplatz zu verlieren und kein legitimes Einkommen zu erzielen, höbe das Grundeinkommen diese Angst auf und damit auch die Phänomene, die durch sie entstehen.

Nur der Erwähnung bedarf es hier noch, daß ein bedingungsloses Grundeinkommen einen umfassenden Abbau von Bürokratie in allen Bereichen, auch in den Sozialsystemen, ermöglichte. Denn heute noch durchgeführte Kontrollen und Bevormundungen wären nicht mehr notwendig. Statt staatliche Zwangsarbeitsvermittlung und Zwangsweiterbildungseinrichtungen zu unterhalten, könnten unabhängige Vermittlungsagenturen entstehen, die jeder freiwillig aufsuchen kann. Beratung sollte weiterhin angeboten werden, doch auch dies könnte professionell und unabhängig von staatlicher Aufsichtspflicht geschehen.

### **Steuern und Besteuerung**

Kongential zum bedingungslosen Grundeinkommen ist der Vorschlag, alle Mittel zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben über eine Besteuerung des Konsums und nicht des Ertrags zu verschaffen.<sup>3</sup> Gegenwärtig werden in den meisten Ländern Mischsysteme einer Besteuerung von Einkommen (Ertrag) und Konsum eingesetzt, entsprechend müßte die Umstellung auf eine ausschließliche Konsumbesteuerung schrittweise erfolgen. Auch dazu gibt es Überlegungen, z.B. von Helmut Pelzer und Ute Fischer.<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Siehe hierzu die Vorschläge von Benediktus Hardorp ([www.hardorp-schriften.de](http://www.hardorp-schriften.de)), der sich seit den 1960er Jahren mit Fragen der Konsumbesteuerung beschäftigt. Götz W. Werner bezieht sich auf diese Vorschläge in seinem Buch „Einkommen für alle“ (Köln: Kiepenheuer & Witsch 2007).

<sup>4</sup> Siehe Helmut Pelzer/ Ute Fischer: „Die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens über das Transfergrenzen-Modell. Möglichkeiten der Einbeziehung der Konsumsteuer“, in: Götz W. Werner, André Presse (Hg.), *Grundeinkommen und Konsumsteuer. Impulse für Unternimm die Zukunft*, Karlsruhe: Universitätsverlag Karlsruhe, 2007 (Schriften des Interfakultativen Instituts für Entrepreneurship der Universität Karlsruhe,

Die Konsumsteuer würde im Inland erhoben, sie ist ortsgebunden. Immer dort, wo ein Produkt oder eine Dienstleistung in Anspruch genommen würde, fiel die Steuer an. Eine Diskussion, wie wir sie heute führen, wenn es um Standortverlagerung und Steuerausfall geht (Steueroasen), wäre obsolet. Steuern wandern nicht, wo konsumiert wird, fallen sie an. Importe z.B. aus China, die heute noch billiger sind als in Deutschland erzeugte Waren, würden durch die Konsumbesteuerung verteuert. Die inländische Wertezugung stünde besser da als heute, würde gestärkt.

Um unterschiedliche Gütergruppen und Dienstleistungen unterschiedlich zu besteuern, bedürfte es einer Staffelung der Konsumsteuer nach Güter- bzw. Dienstgruppen. Solche Güter, die dem täglichen Bedarf dienen, sollten niedriger besteuert werden als Luxusgüter. Auch hier gälte das Prinzip: wer mehr konsumiert, zahlt mehr.

Nicht der nominale Geldbesitz, das Verfügen über Geld, würde dabei besteuert, sondern der Verzehr. Wer investiert, bleibt steuerfrei, wer konsumiert, also Leistungen anderer in Anspruch verbraucht, wird besteuert. Denn für unser Gemeinwesen ist nicht entscheidend, daß ein Bürger erhebliche Geldwerte besitzt, entscheidend ist, wozu er sie einsetzt.

Eine solche Besteuerung prämierte Ressourcenschonung, denn hoher Verbrauch von Ressourcen ginge mit hohen Kosten durch Besteuerung einher. Dies würde schon bei der Erzeugung von Gütern, für die Ressourcen aufgewendet werden müssen, greifen. Denn schonende Ressourcennutzung würde hier zu Kostenreduzierung führen. Investitionen und Konsum würden nicht mehr gleichbehandelt. Nicht mehr Beiträge zur Wertschöpfung, also Investitionen, produktive Erwerbsarbeit, unternehmerische Innovationen, würden durch Besteuerung belastet, sondern der Konsum: Nicht die Schaffung von Werten würde besteuert, sondern ihr Verzehr.

In Verbindung mit einem bedingungslosen Grundeinkommen führte die Konsumbesteuerung zu einer radikalen Reduktion der sogenannten Lohnnebenkosten, denn das Grundeinkommen ersetzte gegenwärtige Transferleistungen vollständig. Das Grundeinkommen würde nicht über Sozialversicherungsbeiträge finanziert, sondern über die Konsumsteuer. Dies entlastete die Arbeitskosten der Unternehmen. Den Wertschöpfungsprozeß befreiten wir dadurch von einer erheblichen Belastung, die er heute zu tragen hat. Administrativ ermöglichte eine Konsumsteuer eine enorme Vereinfachung und den Abbau von Bürokratie. Auch die Mittel, die durch solche Einsparungen entstehen, stünden der Finanzierung des Grundeinkommens und anderer staatlicher Aufgaben zur Verfügung.

Die Umstellung unseres Steuerwesens auf eine Konsumbesteuerung folgt dem Prinzip, das auch dem bedingungslosen Grundeinkommen zugrunde liegt: Engagement für das Gemeinwesen und Bereitschaft zu innovativer Leistung zu ermutigen und zu stärken. Nur eine solche Politik stärkt langfristig unser Gemeinwesen.

### **Einwände**

„Aber wer arbeitet dann noch? Und wer erledigt die Tätigkeiten, die nicht sehr attraktiv, aber doch unerlässlich sind?“

Erwerbsarbeit würde es weiterhin geben und alle, die dies jetzt schon aus Hingabe an eine Sache tun, sich mit ihr identifizieren, würden durch das Grundeinkommen in ihrem Interesse

bestärkt. Sie sind wahrscheinlich auch diejenigen, die schon heute Neuerungen hervorbringen. Doch werden sie einer Erwerbsarbeit nicht mehr unter allen Bedingungen nachgehen müssen. Und dort, wo einfachere Tätigkeiten verlässlich und gewissenhaft verrichtet werden müssen, hätten Bürger künftig die Freiheit, schlechte Arbeitsbedingungen abzulehnen und bessere auszuhandeln.

„Wie hoch soll das Grundeinkommen denn sein?“ Angaben über die Höhe eines Grundeinkommens leiden heute unter einem einfachen Problem: die Kaufkraft des Einkommens besteht immer nach gegenwärtigen Preisen. Wenn das Grundeinkommen aber einen Wandel unseres Wertgefüges nach sich zieht, wird sich auch die Wertschätzung bestimmter Güter und Dienstleistungen wandeln, damit wandeln sich auch die Preisrelationen. Nicht nur steht zu vermuten, daß manche Güter vom Markt verschwänden, andere würden stärker nachgefragt. Doch können wir dies lediglich vermuten und keine verlässliche Auskunft über reale Entwicklungen geben.

Vor allem aber ist die gewünschte Höhe des Grundeinkommens nicht durch Expertise zu bestimmen. Experten können allenfalls einschätzen, ob eine gewünschte Höhe realisierbar wäre, nicht aber, ob wir sie wollen. Dazu muß über die Höhe zuerst einmal gestritten werden, sie hängt also wesentlich davon ab, wie hoch es nach unserem Dafürhalten sein soll. Rechenmodelle dürfen politische Gestaltung nicht ersetzen, wie man gegenwärtig oft den Eindruck gewinnen kann.

### **Ohne Vertrauen keine Zukunft**

Freiheit ist *gefährlich* – für diejenigen, die sie fürchten. Wer sie fürchtet, traut sich selbst nicht und schon gar nicht den anderen - die Folge: Bevormundung und Kontrolle. Heute legt sich dieses Mißtrauen den Mantel der Fürsorglichkeit um. Doch, wer Beschäftigungsprogramme fordert, fordert auch Arbeitsverpflichtung.

Weder der Marktradikalismus, der den Menschen als anreizbedürftiges Wesen betrachtet, noch die fürsorgliche Volksbetreuung, die stets Beschäftigung per Subvention für das Höchste hält, will den Bürgern Selbstbestimmung ermöglichen. Was heute als „Beratung“ („aktivierende Sozialpolitik“) daherkommt und zugleich mit Sanktionen droht, ist Ausdruck der Hilflosigkeit angesichts des Scheiterns aller bisherigen Konzepte.

Wollen wir nicht das Fundament unseres Wohlstandes untergraben, müssen wir darauf vertrauen, daß der Einzelne seinen Beitrag leisten will. Unser Gemeinwesen kann nur bestehen, wenn wir Bürger frei sind, uns zu entscheiden, darauf gründet unsere freiheitlich-demokratische Ordnung – das Grundeinkommen wäre nur ihre Fortentwicklung.